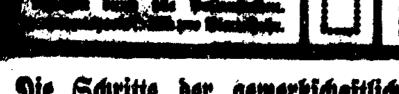
Degan des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)



Die Schritte der gewerkschaftlichen Spipenorganisationen bei ber Reichsregierung gegen die Tenerung.

Von Ernst Lein mer=Berlin.

Die furchibare wirtschaftliche Notlage, durch die katastrophale Markentwertung bedingt, hat in den Kreisen der Konsumenten eine starke Erregung ausgelöft. Der Lohn- und Gehaltsempfänger sieht, daß trotz fortlaufen= der Teuerungszulagen sein reellesEinkommen von Zahlungstag zu Zahlungstag geringer wird und daß der wirtschaftliche Drud ihn zusehends Mixter ersaßt. Der gewentschaftliche Kampf, der jahrzehntelang der Heburg des Lebensstandes des Arbeitnehmers galt und dem es auch in zähen, aufreibenden Kämp= fen gelungen war, das Lebensnivaan des deutschen Anbeitnehmers in wachsendem Maße zu heben, steht heute vor der Tatsache, daß durch die furchware Tenerungswelle die gesambe gewerkschaftliche Arbeit aufgesogen worden ist. Alle neuen Taxifabschlisse ha= ben nicht vermocht, der steigenden Not des deutschen Arbeitnehmers Einhalt zu gebie= Die gewerkschaftliche Arbeit der letzten Jahre war nur im Abwehrkampf fruchtbrin= gend, ein allzu heftiges Sinten des Lebens= niveaus des deutschen Arbeitnehmers durch gewerkschaftliche Arbeit zu verhindern. Wir alle wissen, sofern wir uns nicht durch billige Schlagworte und Phrasen berauschen lassen, daß die Ursachen unserer unheilvollen Wirtschaftsentwicklung tief liegen und daß sie nicht von heute auf mörgen zumal nicht mit impulfiven Gewaltsmaßnahmen behoben werden können.

Ale internationale politische Lage Deutschlands bestimmt zwangsläufig für längere Zeit hinaus die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, bestimmt auch die wirtschaftliche Lage jedes einzelnen deutschen Arbeitnehmers. Es ist selbstverständlich, daß die Erdenntnis dieser Grundursache die Gewerkschaften nicht veranlassen kann, nunmehr einer fast zwangsläufigen Entwicklung gegenüber sich passiv und tatenlos zu verhalten, im Gegenteil, eine Reihe von energisch durchge= führten Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur lassen zumindest die Ursache, die in unserer eigenen Wirtschaftspolitik liegen, be= seitigen, wie auch durch entsprechende Maß nahmen der wirtschaftliche Druck in erster Li= nie auf die leistungsfähigen kräftigen Schultern abgeleitet werden kann.

Aus dieser Einstellung heraus unterbrei= tete der Gewerkschaftsring wiederholt den gesetzgebenden Körperschaften wirtschaftspoli= tische Forderungen zur Linderung des Teuerungsdruckes auf die Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten. In jüngster Zeitt, alm 4. August, überreichte noch der Ge= werkschaftsring ber Reichsregierung eine Anzahl von Forderungen sur erneuten Teuerungswelle und Wirtschieftskris sis. Geldentwertung und Teuerung erfuhren aber seit jenem Zeitpunkt eine solche kożastrophale Verschärfung, daß sich bei allen gewortschaftlicken Organisationen der verschieden= sten Richtungen die Erkenntnis durchsetzte,

daß angesichts solcher Notlage ein einsheitlider Schritt der gewerkschaftlichen Spikenorganisationen bei der Reichsregierung unternommen werden milise. Da nahmen am 17. August Bertreter des Allg. Deutschen Gewerkidjaftsbundes, des Deutschen Gewertschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes mitein= ander Flühlung, um sich über gemeinsam vorzunehmende Schritte und Vorschläge zu ver-Erfreulicherweise gelang diese ftändigen.

Wie der Lohn pro Stunde

fo erhöht sich allmonate lich auch ohne weiteres

ber Beitrag zum Gewerkverein pro Woche.

Verständigung ohne jede Schwierigkeit, und schon am 25. August konnte je ein Vertreter der drei gewerkschaftlichen Richtungen gemeinsam vom Reichswirtschaftsminister empfangen werden. Der Reichswirtschaftsmini= iter zeigte volles Verständnis für den gemeinsamen Schritt und zeichnete ein ungeschmink tes Bild von der Notlage der deutschen Wirt= ichaft. Erschütternd war das statistische Ma= terial, welches er insbesonders über die deutschen Ein= und Ausfuhrverhältnisse gab. Es zeigt einmal, wie gering das volkswirtligaft= liche Verantwortungsgefühl in deutschen Wirtschaftskreisen ist, andeverseits aber auch die unentschuldbare Gedankenlosigkeit. welcher die breiten Schichten unseres Volkes — auch die Arbeitnehmer —- dahinleben und einen gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Wirtschlaftslehens geradezu entgegentaumeln. Aus der mehrstündigen Unterre= dung mit dem Reichswirtschaftsminister gewannen wir Gewerkschaftsvertreter einen weiteren Uederblick insbesondere darüber, wo und in welcher Hinsicht schleunigst gesetze= bende Maßnahmen seitens der Regierung zu fordern sind. Der Besuch beim Wirtschaftsminister diente der Borbereitung, daß acht Tage später, am 25. August, Schritte beim Reichskanzler selbst erfolgten, dem wir ge= meinsam formulierte Borschläge der drei ge= werkschaftlichen Spitzenorganisationen zur Teuerung und Wirtschaftskrisis überreichen fonnten.

Die Verhandlungen beim Reichskanzler standen ganz unter dem Eindruck der durch das Verhalten der Reparationskommission her= beigeführten Verschärfung des furchtbaren Ernstes der Lage. Der Reichskanzler berich= tete ans eishalb minächst vertraulich über den Stand der Reparationsfrage, die ja doch den Hintergrund für alle wirtschaftspoliti= Iden Vetrachtungen zwangsläufig abgibt. Entscheidend war hier die grundsäkliche Bemerkung des Kanzlers, daß die Durchführung der Erfüllungspolitik da seine Grenzen | rungsprodukten, Einschränkung der Bierbrau-

habe, mo das tägliche Urot deutschen Voltes gefährdet let. Gewerkschaftsführer die

Megeigen, bie fechtfach gefpaltene Beitigelle I Mt., fitz ben Anbeitsmarit 50 Min. Bei Mieberholungen Rebati.

Der-Sprecher der Gewerkschaften brachte das starte Vertrauen der deutschen Arbeitnehmergewerkschlaften zum Reichskanzler wie zu seiner Politik zum Ausdruck. Sie sehen mit größtem Interesse dem Ausgang der noch am Abend stattfindenden Kabinettssitzung entigegen, die grundsätzlich zur politischen Kvisis Stellung nehmen würde. Neben der hiervon mu erwartenden grundsätzlichen Lösung brach ten die Gewerkschaftsvertreter eine Reihe von formulierten Worschlägen vor, die der Reichsregierung als Gegenmaßnahmen gegen die Bersetzung unserer wirtschaftlichen und fis nangiellen Berhältnissen auf verfchiedes Teilgeblieten dienen sollten. der Begründung der einzelnen Korküläge wiesen die Gewertschlassertreben mit Rach drud auf die psychologische Bedeutung ihrer Schritte hin. Die breitesten Anbeitmehmerschlichten würden angesichts der katastrophalen Entwicklung mehr und mehr von einer verzweifelten Stimmung gepackt; barum müste die Reichsregierung zu einer ernsten Würdigung der gewerkschaftlichen Vorschläge kom= men, die nicht nur den gefährdeten Lebensinteressen weitester Kreise der arbeitnehmenden Bevölkerung gelten, sondern auch in ernster Sorge um den Bestand des beutschen Staates gemacht seien. Im ganzen wurden 8 grundfähliche Vorschläge neben einer Reihe von Einzelvorschlägen für die einzelnen Wirtschaftszweige formuliert. Aus der Reihe der grundsätzlichen Vorschläge ist folgendes her= vorzuheben: Gegenüber dem Migverhältnis der deutschen Ein= und Ausfuhrzahlen des letzten Halbjahres und gegenüber der Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage fordern die Gewerkschaften Einschränkung der Einfuhr aufs geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch gänzliches Berbot oder scharfe Anspannung der Einfuhrzölle, Neuregulie= rung und Verschärfung der Ausfuhrabgaben entsprechend der Entwicklung der ausländi= schen Devisen. Gegen die Entartung der De= visenspekulation wird eine Kontrolle des ge= samten Devisenhandels gefordert mit dem Ziel, daß ausländische Devisen nur von sol= chen Kreisen gekauft werden dürsen, die sie für ihren Geschäftsverkehr mit dem Auslande Hinsichtlich der Steuerpolitik gebrauchen. wird auf die schnellere Erfassung der nicht un= ter den Lohn= und Gehaltsabzug fallenden Tinkommensteuer gedrängt, wie auch die übnigen Steuern schneller und gründlicher ein= zuzichen seien. Auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft werden Borschläge gur Si= derstellung der Lebensmittelversongung der Bevölkerung gemacht. Erwähnenswert ist hier die Forderung nach Verbot der Herstel= lung von Trinkbranntwein aus Kartoffeln, Cetreite und anderen menschlichen Ernäh-

Der Schrift der Gewerkschaften bedeute wohl, nunmehr in der gegenwärtigen Wirtschaftslage tatsäche lich die bedrohliche Gefährdung des täglichen Brotes der Arbeitnehmerschichten erblich ten. Ueber den Berlauf der Berhandlungen felbst geble ich nachfolgenden kurzen Bericht:

erei, dabei Verbot ber Herstellung von Bier mit mehr als 8 Proz. Stammwürze, Verbot der Verwendung von Zuder zur Herstellung von Konjitiiren, Likören, Schaum= und Obst= wein. Silfz und Backwaren. Im ganzen werden scharfe Sicherungsmaßnahmen gegen die legitime und illegitime Ausfuhr von Lebensmitteln ins Ausland gefordert. Mit Nachdrud weisen die Vorschläge auf die Votwendigteit einer Verschärfung der Strafbestim= mungen gegen den Wucher wie auch gegen die Zurücksaltung von Waren aus gewinnfiidriger **ub**fidt hin. In der allgemeinen Begründung weisen die Gewerkschaften auf die außerordentliche Notlage unseres Volkes hin and bringen zum Ausdruck, daß nur durch entschlossene außergewöhnliche Maknahmen die schwersten Gesahren vom deutschen Volksleben abgewendet werden können.

Der Reichskamzler, der zu einzelnen dieser Noriciläge Stellung nahm, machte auf verschiedene Schwierigkeiten der Durchführung der Vorschläge aufmerksam, insbesondere, soweit sie Masnahmen forderten, die einer Leider sei Zwangswirtschaft gleicklämen. der moralische Hall des deutschen Volkes durch die Not der Ariegs= und Nachkriegsjahre start zersetzt, so daß man daran zweiseln müsse, ob moralisch die Durchführung zwangs= wirtschaftlicker Bestimmungen zu ertragen sci. Der Kanzler empfahl zur sachverständi= gen Behandlung der Vorschläge zunächst Ein= zelverhandlungen zwischen den gewerkschaft= lichen Spitzenorganisationen und den für die einzelnen Vorschläge in Frage kommenden Ministerien. Nach Abschluß dieser Verhand= lungen, die schleunigst aufgenommen werden sollen, joll eine erneute Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Gewerkschaften über das Ergebnis der Einzelverhandlungen stattfinden. Nach Beendigung der mit großem Ernst und der Gesamtnotlage entsprechenden Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten geführten Besprechung überreichten die ver= schiedenen Gewerkschaften der Reichsregierung noch eine Reihe von Einzeleingaben, Deutsche Gewerkschaftsring verlangt zur Berhinderung ungerechtfertigter Preistreibe= roien eine regelmäßige amtliche Unterrich tung der Oeffentlichkeit über die Marktlage, fernerhin die unbedingte und unnachsichtige Durchtführung des Getreideumlagegeseiges unter energischer Unterdrückung aller dagegen verübten Sabotageversuche.

Inswischen wird amtlich verlautbar, was die Reichsregierung an Maknahmen gegen die Teuerung beabsichtigt. Daraus geht her= vor daß in einer gamzen Reihe von Punkten jett ichon die Reichsregierung entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen Magnahmen zu treffen gewillt ist. Im übrigen wer= den in den stattfindenden Verhandlungen zwischen den Reichsressorts und den Gewerkickeften die von uns entgegengebrachten Vorskläge im einzelnen weiter verarbeitet wer= den. Bei allem Vertrauen, das alle Gewerkschaftsrichtungen der Reichsregierung wieder rückaltslos entgegenbringen, haben wir die Regierung darüber nicht im unklaren gelassen, daß angesichts der furchtbaren wirtschaft= liden Entwicklung die Gewerfichaften mit allem Nachdruck auf die Berücksichtigung ihrer Briffläge sehen würden. Eine weitere Berelendung der breiten Schichten unseres Voltes ist aus vielerlei Gründen unerträglich. Das keute viel gebrauchte Wort "Volksgemeinschaft" kann nur dann einen Sinn ha= ben, wenn wir uns alle, sowohl die unten wie die oben, als wirkliche Notgemeinschaft fühlen und dementsprechend handeln. Zu dieser Notgemeinschaft gehören in erster Linie die wirtichaftlich Starken aller Wirtichafts= zweige, die, um unsere Bolkseinheit und den Bestand der deutschen Nation in den kommenten kemeren Krisen zu retten, sich in der Not= verantwortungsbewußte gemeinlicaft als Glieder einer Opfergemeinschaft zu fühlen Wieweit sind wir heute noch davon kaben. entiernt! Pflicht der Reichstegierung ift es, durch energischen Druck gesetzgeberischer Maßnahmen die Verantwortungslosen und Schädlinge der deutschen Wirtschaft zur Einordnung in die notwendige Not- und Opfergemeinichaft zu zwingen. So ist der Schritt unieler gewertschaftlichen Organisationen auf- ! Arbeitgeberverbandes sind.

gufaffen. Wir wissen wohl, bag auf vielen Gebieten die Not der Verhältnisse über unser menschliches Können hinausgewachsen ist; bei energischem Willen wird es aber möglich sein, die gröbsten Lasten der gegenwärtigen Notlage du Iindern. Dies muß geschehen, benn dem Zerfall der deutschen Wirtschaft und der Zersetzung unseres sozialen Organismus ist Einhalt zu gebieten, um der Zukunft des deutschen Volkes willen!

Reichstarifamt für das dertice Holzgewerbe.

Am 5. September 1922 hielt das Reichs= tarifamt unter der Leitung der Herren Hahn (Dresben) und Schleicher (Berlin) in Minthen eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand zunäckt der Bericht der Obmänner, der von Herrn Schleicher erstattet wurde. erwähnte die Vorarbeiten, welche die beider= seitigen Obmänner zur Erlangung der in-Allgemeinverbindlichkeit awijchen erreichten des Reichsmantelwertrages geleistet haben. Im Anschluß baram konnte mitgeteilt werden, daß die Anträge auf Allgemeinverbind lichkeit nunmehr für alle Landestarifverträge gestellt sind; ausgesprochen ist die Allgemeinverbindlichkeit klisher nur für einige dieser Verträge. Im Zusammenhang damit wurde festgestellt, daß der Reichsmantelvertrag auch für Bau- und Möbeltischlereien gilt, die einem Betniebe der Metallindustrie angeglie= gert sind. Bei den Berhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeits= erklärung hat der Vertreter des Verbandes der Metallindustriellen dieser Auffassung zu= gestimmt, und sie ist auch damals protofolliert worden.

In Ausführung des vom Reichstarifamt am 15. Maii gefaßten Beschlusses in Sachen des Landestarifamtes für die Provinz Sachsen und Anhalt hat am 2. Juni in Salle eine Sitzung unter Teilnahme der beiden Obmänner des Reichstarisamtes stattgefunden. Hier wurde eine Vereinbavung getroffen, welche das Zusammenarbeiten der beiden in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen, nämlich der Interessengemeinschlaft der Arbeitgeber des Holzzewerbes für die Provinz Sachsen, Anhalt und Umgegend und des Bezirtsverbamdes Halle des Anbleitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe im Landestarifamt regelt. Gegen diese Bereinbarung hat die Interessengemeinschaft Ginspruch erhoben. Sie Bestreitet insbesondere, daß der Obmann des Landesbarifamtes, der die Entscheidung des Reichstarisamtes angerufen hat, dies im Auftrage des Landestarif= amtes getan habe, und sie beharrt davauf, daß für den Landestarisvertrag nur die Interessengemeinschaft und der Gau Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes Kon= trahenten sind, der Bezirksverband Halle demnach feinen Anspruch auf eine Vertretung im Landestaxisamt habe. Dieser Ginspruch wurde von den Obmännern des Reichstarifamtes nicht anerkannt. Der Interesseniges meinschaft wurde am 8. Juli mitgeteilt, daß es Sache des Landestarifamtes sei, festzustel= len, ob die Behauptung des Obmannes, daß er zu seinem Vorgehen bevollmächtigt war, Sutreffend ist. Am 26. August wurde der Interessengemeinschaft Kenntnis gegeben, daß das Reichstarifamt in seiner bevorstehenden Situng die Angelegenheit im Sinne der Hallenser Vereinbarung als erledigt betrachten würde, falls nicht vorher eine Antwort auf das Schreiben vom 8. Juli eingehen jollte.

Das Reichstarisamt stimmte der in Halle getroffenen Vereinbarung, zu und erklärte, da eine Aeußerung der Interessengemein= schwit nicht vorlag, die Angelegenheit damit

für erledigt. Die Arbeitnehmervertreter aus dem Landesbezirk Rheingebiet, der das Gebiet links tes Kheines umjast, haben Beschwerde geführt, daß die im Bezirk vertretenen drei Arbeitgeberorgonisationen je besondere Lohnverkandlungen verlangen und zu gemeinsamen Verhandlungen nicht zu bewegen seien, chrohl alle drei Lezirksorganisationen des

Hierzu wird von den Auseitgebervertre= tern im Reichstarifamt mitgeteilt, daß Berhandlungen im Gange seien, die eine reklose Terständigung erwarten lassen. Us in aud bereits eine gemeinsame Geschäftsstelle für alle drei Verbände eingerichtet.

Bei der Schaffung des Landestarisvertrages für den Bezirk Bremen konnten sich die Pactolen für die Zuteilung des Ortes Melle Das Lambestarifamt hat nicht einigen. dann am 13. Januar 1922 unter Bem Borfik eines Unparteilischen entschieden, daß Melle zur fünften Ortstlasse gehört. Später wurde von den Arbeitnehmern der Antrag gestellt, Melle in die vierte Ortsklasse zu verseigen. Die Arbeitgebervertreter im Landestartfamt haben es abgelehnt, über diesen Antrag zu verhandeln und erklärt, daß ein solcher Antrag wicht zulässig sei, da die Entscheidung vom 13. Januar 1922 endgültig sei und für die ganze Vertragsdauer Geltung hable.

Gegen dieses Verhalten hat der Deutsche Holzambetterverbland, Glau Hannover, Beschwerde erhoben und beantragt, das Reichstarifamt möge das Landestarisfamt Bremen verpflichten, über den Antrag auf Lerschung des Ortes Melle in eine höhere Ortsklasse

eine Entscheidung zu fällen. Das Reichsbarifamt stellt fest:

Die Erledigung von Anträgen, während der Geltungsbauer des Bertrages einen Ort in eine andere Ortsklasse zu versetzen, ist Aufgabe des Landestarifiamtes. Das Landestarifamt entscheidet für beide Parteien endgültig und bindend. Ein Einspruchsrecht steht den Parteien nicht zu.

Ernoute Anträge auf Versetzung in eine andere Ortsklasse müssen von dem Landestarifamt entschieden werden. Eine Ausnahme hiervon machen Orte, für die eine Befristung zwischen den Parteien vereinblart ist.

Die Entscheidung des Reichstarifamtes erfolgte auf Grund der Paragraphen 4, 5 und 71 des Reichsmantelvertrages.

In einer Streitsache, welche sich auf die Gewährung der vertraglichen Ferien bezieht, konnte das Landestarifamt XIV zu keiner Entlickeidung kommen; es hat die Sache dem Reichstarifamt überwiesen. Strittig war die Frage, ob die Ferien, auf welche die Arbeiter nach den Vertragsbestimmungen einen Anspruch haben, in der Zeit vom 1. Mail bis 31. Oktober, auch dann zu gewähren sind, wenn der Arbeiter selbst aufgehört hat. Anlaß zu der Meinungsverschiedenheit gab die Fassung des § 53 des Reichsmantelvertrages: "Falls zur Zeit der Entlassung ein Anspruch auf Ferien besteht, sind dieselben bet Lösung des Arbeitsverhältnisses zu gewähren."

In der gleichen Frage hat auch das Lan= destarifamt Bayern eine Entscheidung des Reichstarisamtes erbeten, und der Anbeitge= berverband des Holzgewerbes der Kreise Gummersbach, Waldbröhl und Wipperfürth wiinstite, nachdem das zuständige Landestarifamt eine Entscheidung gefällt hat, ein Gut= achten des Reichstavisamtes.

Das Reichstarifamt hat diese Anträge gemeinsam behandelt und fällte die folgende

Entscheidung:

In der Zeit vom 1. Mai bis 31. Ottober steht jedem Arbeiter bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses sein im Betriebe er= worbener Ferienanspruch mit_Ausnahme der Fälle des § 123 der Gewerbeordnung zu, unter der Voraussetzung, daß der An= spruch entsprechend § 53 des Reichsmantel= vertrages binnen 5 Tagen geltend gemacht wird und die Bestimmungen des § 55 ein= gehalten werden.

Begründung. Bei den Verhandlungen über den Reichs= mantelvertrag waren sich die Parteien darin einig, daß die Ferienrechte durchArbeitsleistung im Betriebe erworden werden Die Erfüllung der erworbenen Ferien hat während der regelmäßigen Ferienzeit vom 1. Mai bis 31. Oktober allgemein zu erfolgen. Dagegen soll der er= worbene Ferienanspruch vom 1. November bis 30. April nur erfüllt welden, wenn die Entlassung durch den Arbeitgeber erfolgt.

Durch diese grundsätzliche Entscheidung sind auch die weiter vorliegenden, den aleichen Gegenstand betreffenden Anträge

des Lambestarisamtes Bagern und des Virboitgeberverbandes des Holggewerbes der Areise Gummersbadi, Waldbröhl und Wipperfutth erledigt.

Damit war die Tagesordnung dieser Sit-

sung des Lavissamtes excedigit.

Jur Einführung der Arbeitslosenversicherung.

(Softis:)

Bei der Festsetzung der Beiträge wie der Leistungen wirken die Vertreter der Versie cherten und ihrer Arbeitgeber in der zentralen Fachtelle für die Arbeitslosenversiche: rung, dem Vermaltungsvat des Reichsants für Arbeitsvermittlung, gleichberechtigt und i Arbeits- ob. Lehrbertrag v. enticheivend mit (88 19, 66).

Die voraussichtliche Höhe der Beiträge zur Anbeitslosenversicherung kann zunächst nur mit Vorbehalt angegeben werden. Der Bemessung der Beiträge ist einerseits der Aufwand des vorangegangenen Jahres zugrundezwiegen. Im ersten Jahr nach dem Intrafttreten tritt an die Stelle des Mufwandes der Arbeitslosenversicherung der entsprechenden Aufwand der Erwerbslofenfürforge.

Dieser betrug im Jahre 1921 nach ben vorläufigen Feststellungen

a) für die unterftus. Erwerbslofenfilrforge 1172 Mill.') b) " " produktive o) an Bermaltungst. ber Erwerbslofenfürf. 151 "

" Arbis.nachweisämt. 1) ber Arbeitsnachweise 100 " 80 "

2) " Lanbestämter 8) bes Reichsamtes 15 e) an Berwaltungelft. für die Erhebung ber Beiträge 110 "

Während es möglich ist, den Aufwand des Vorjahres so rechtzeitig und genau zu ermit= teln, daß er eine sichere Grundlage zur Feststelllung der Beiträge für das folgende Rechnungsjähr bietet, läßt sich der zweite Faktor für die Berechnung, die Kopfzahl der Versi= cherten, leider nicht mit der gleichen Sicherheit bestimmen. Abgesehen von der ständigen Bewegung des Versicherungsstandes, ist bei der Festjehung höchstens die Durchschnittszahl der Versichlerten des Vorjahres bekannt. Im ersten Jahre nach der Einführing ist die Ge= winnung von zuverlässigen Unterlagen noch dadurch erschwert, daß nur von der Zahl der frankenversicherungspflichtigen Personen aus: gegangen werden kann, und daß die zahlenmäßige Bedeutung der Beschränkungen des

1) Der Aufwand des Reichs, der Länder und der Gemeinden nach den Abrechnungen an das :Neichsamt für ArbeitsvermitNung.

2) Der Aufwand kann nicht nach den Abrechnungen sestgestellt werden, da teilweise noch nicht für das Jahr 1920 abgerechnet ist, sondern nur nach den Anerkennungen auf Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Für die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. Januar 1922 wurde ein Gesamt-Förderungs-Betrag von 1040349467.— M in Aussicht gestellt. Dieser ent= spricht für 2 Kalenderjahre einem runden Beirag von 1,200 Milliarden oder für ein Kalenderjahr 600 Millionen.

3) Nach den Abrechnungen der Länder betragen die Verwaltungskosten der Gemeinden für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 30. September 1921, also für 9 Monate = 110 282 458 M, das ergibt schähungsweise für 12 Monate = 144 Millionen M.

1) Die Rundfrage nach den Kosten der Arbeitsnachweise ist noch nicht abgeschlossen. Sie werden nach den bisher vorliegenden Unterlagen für die bestehenden eiwa 1200 öffentlichen Arbeitsnachweise auf rund 100 Millionen zu schätzen sein. Trop der Zusammenfassung von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenwersicherung sind sowohl die Kosten der Arbeitsnachweisämter wie der Erwerbslosenfürsorge in Ansatz gebracht worden. Es ist vorsichtshalber geschehen, weil die in in der Arbeitsnachweisämter durch die Uebernahme der Arbeiten für die Arbeitslosenversicherung sicher steigen werden. Dem doppelten Ansah dürsten sie aber beineswegs erreichen. Es sei noch einmal harauf bingewiesen, daß es sich bei hiesem Ansah nicht um tote Verwaltungskosten Landoit, sondern um die Unterhaltung der öffentlichen Arbeitsveruittlung

5) Der Betrag ist trot des einfachen Bafagrens vorläufig eiwas zu hoch veranschlagt worden, weil im ersten Jahre den Krankenkaffen durch bie Ginrichtung des neuen Berfahrens besondere Koften entstehen dürften.

ichaft geschätt.

Personenkreises, wie ihn die Arbeitssosenver-Adjerung bringt, kaum mit einiger Sicherheit geschäft werden kann.

Die Krankenkassen des Deutschen Reichles hatten 1919 im Jahresdurchschnitt versiche. rungspflichtige Mitglieber:

1) Drie, Band:, Betriebe- unb

Innungetrantentaffen 14 215 529 Berfonen *) 2) fnappfcaftliche Krantentaffen 1 109 094 8) Erfattaffen 418 088

15 737 706 Berfonen"

Als verficherungsfrei find eima gu fcagen:

a) landwirtschafil. Arbeitnehmer (§ 2) - 16 00010) b) Hausgehllfen und Gefinde (§ 3, 3iff. 1) = 177800011) $(\S B, \Im(B, 2) = 108500^{12})$ 6) unftanbig Befcaftigte

d) im Wanbergewerbe Um-(§8,3iff.8) =herziehenbe 630011)

8) Arbeitnehmer ber öffentlichen Rörperschaften $=1013000^{18}$

minbestens 1jahr. Dauer 792 00014) g) Berdienst von weniger als

bie Salfte bes Ortslohns $= 800\,000^{15}$ 4513800

Mfo: berficherungspflichtige Mitglieber 15 787 706 verficherungsfreie Mitglieber 4518800

11 229 906 Demaufolge verbleiben noch Berfonen.

Geht man nach dieser Werechnung von einem Aufwand von 1428 Millionen Mark aus, der von 11,2 Millionen Versicherten und ihren Arbeitgebern aufzubringen ist, so beträgt der Jahresbeitrag im Durchschnitt auf den Kopf des Versicherten:

– = 127,50 M.

oder fün den Anbeitgeber und Arbeitnehmer die wöchentliche Belastung

 $\frac{12750}{100\cdot 52\cdot 2} = 1.23 \text{ M}.$

Dieser Beitrag ist zwedmäßigerweise auf halbe Reichsmart nach oben, also auf 1.50 Mil. abzurunden. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge, die von den im Enimurf bezeichneten Organien erfolgt, wird der inzwischen eingetretenen Geldentwertung Rechnung getragen werden müssen. Borschläge hierüber sowie die Unterlagen für die finam= werden in einer besonderen Denkschrift der gesetzgebenden Körperschaft nachgereicht wer-

*) Die Angaben der Gesantzahl wie der einzelnen versicherungefreien Berufsgruppen beruhen auf einer Meldung des statistischen Reichs= amts.

7) Angabe ist bem Biertelfahrsheft zur Statistit des Deutschen Reichs, 29. Jahrgang 1920, 4. Deft, entnommen.

*) Melbung der Ersattassen an das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung nach bessen Geichäftsbericht für das Jahr 1920.

*) Die auf Grund des Friedensvertrages abgetretenen Gebiete find mit Ausnahme von Memel und Oberichlesien bei den Angaben des statistischen Reichsamts schon berücksichtigt. Memel ist ohne zahlenmäßige Bedeutung. Der ziffernmäßige Verlust von Mitgliedern der Krankenkassen Oberschlesiens ist noch nicht bekannt. Er kann unberücklichtigt bleiben, da die Gesamtziffern des Jahred 1919 ein wirtschaftlich ungünstiges Jahr betreffen. Tatsächlich wird der Mitgliederbestand der gesamten Krankenkassen zur Zeit wesentlich höher sein, so daß er den Mitaliederverlust Oberschlesiens ausgleicht.

10) Etwa die Betriebsinhaber und Familienangehörigen der kleinbäuerlichen und der mittleren Bauernwirtschaften von etwa 2—10 Heftar. Ermittelt unter Benutung der landwirticaftl. Be-

triebszählung 1907. 11) Mitteilung des statistischen Neichsamts und Schähung unter Benutung der landwirtschaftl.

Betrieb&ählung 1907. 23) Mitteilung des statistischen Reichsamts.

13) Berechnet nach der Denkschrift des Reichsfinanzministers an den Reichstag über die Zahl der im Haushaltsentwurf 1922 enthaltenen plaumäßigen Beamtenftellen, beamteten und nichtbeamteten Suiskr'ile vom 28. 2. 22 (Reichstagsbruckfrie Nr. 3655) sowie der im Reichsamt für Arbeitsvermittlung bearheiteten Tarifftatistikt.

24) Grmittelt für die Landwirtschaft unter Benubung der landwirtschaftl. Betriebszählung 1907, für die Berufsgruppen außerhalb der Landwirt-

15) Schähung nach den Unterlagen einiger topiicher, großer Krankenkaffen aus dem Jahr 1920.

Die Fabrikation von Zigarrenkisten.

(Schluß.)

Bei ber Erzeugung von Furnieren muß vor allen Dingen auf gut geschärfte Wertheuge geachtet werden. Zum Schleifen ber Scherenmesser benutzt man die selbsttätige Messerschleismaschine, von der man wiederum wei Arten unterscheidet, nämlich: solche für Hohlicht und solche für gerade Fasen. Mit der Schleifmaschine für Hohlschliff schleift man vornehmklich dinne Messer in der Kluppe, wos que eine besondere Schmirgelsche Verwen: dung findet. Man achte darauf, daß der Längengang der Schleifsteinlagerung selbsttätig ist und auf jebe Messerlänge eingestellt werden kann und daß der Messerträger eine drehbare Parallelverstellung besitzt. Meistens erkollgt der Antrieb durch ein über der Maschine angeordnetes Borgelege mit Riementrommel. Bei der Schleifmaschine für Plan- und Hohtschliff trägt die Schleiseinlagerung einen Schleifmlinder, der mit der ringformigen Stirnfläche eine bräftige, breite Schnittsläche in Planschliff erzeugt. Dieselbe ist verstell klar, um gegebenenfalls die Messer mehr ober weniger hohl schleifen zu können. Der Antrieb des Schleifzylinders erfolgt mit Hispe eines Elektromotors, ber an der hin und her gehenden Lagerung montiert ist. Maschinen dieser Art baut man für größte Schleiklängen bis 4800 Millimeter. Der Kraftbebarf beträgt 1—3 PS. Auch die Messerschleifmaschine für nerade Fasen arbeitet vollständig selbstätig, wobei das Schleifmittel einen Schmirgelanlinder daritellt. Diese Maschine wird in verschliedenen Größen für Schleiflängen bis 1 Meter gebaut. Der Kraftbedalvf beträgt 1 PS.

Die erzeugten Holpplatten werden auf Formatsägen entsprechend zugeschnitten und dann mit Hilfe von Kistennagelmaschinen zusam= Man stapelt die Brettigen mengenagelt. stopweise übereinander und führt sie der For= matfage zu, wo sie egalisiert, d. h. auf gleiche Längen und Breiten zugeschwitten und außerdem rechtwinklig bestoßen werden. Der Schnitt selbsit ist so sauber wie gehobelt. Bedeutend leistungsfähiger ist die Besäum- und Format-Abstürzsäge mit doppeltem Schiebeschlitten. zielle Wirkung der Abbeitslosenversucherung Letzterer lätzt sich auf den sauber gehobeiten Führungen des eisernen Gestells in Augelfühvungen spielend leicht hin u. her bewegen. Die Washine ersordert einen Kvastbedarf von etwa 3 PS. — Die vierfache Formatsäge, die mit 4 Sägeblättern ausgerüstet ist, kann überall empsohlen werden, wo große Mengen, gleich große Kisten in bedeutenden Massen. hergestellt werden sollen. Das eine Paar Sägeblätter schneidet die packweise aufeinander gelegten Brettchen auf Breite und das andere Paar auf Länge. Daß diese Maschine eine außerordentlich große Leistungsfähigkeit verrät, dürfte wohl selbstverständlich sein.

Zum Einbrennen von Marken, Firmen und dergleichen in Kisten verwendet man Brennpressen und Brandstempelpressen, nöti= genfalls kommen auch noch Kistenbretter-Bedrud-Maschinen für Ein- und Mehrfarbendruck in Frage.

Das Zusammennageln der Kistenteile ge= schaft früher mit der Hand, wird aber heute mit außerordentlich leistungsfähigen Kistennagelmaschinen völlig automatisch bewerkstelligt, indem erst die Seitenteile zu einem Rahmen zusammengefügt werden, wonach das Aufbringen des Lodens erfolgt.

= = Von den Cognbewegungen. = =

Für das Holzgewerbe Riedersachsens

ift ein neues Lohnabkommen abgeschloffen. Nach biefent betragen vom 1 .- 21. Sept. die Durchschnittslöhne in IV Vl Ortstlasse II 111 64.— 58.95 55.85 52.75 50.—Mf.

Für die Anopfarbeiter

betragen die Durchschnittslöhne vom 7.—20. Sept.: 61.— 57.40 51.30 48.35 Wff.

Für die Sägewerksindustrie Niederschlesiens

betragen die tariflichen Mindestlöhne vom 16.-30. Sept-44,- 43.50 42.50 42.- Mf.

In Landesbezirk Bremen-Oldenburg

betragen bie Durchschnittslöhne vom 1 .- 14. Sept. in V Ortstlaffe II 111 63.70 60.10 57.— 54.25 52.35 Mt.

Tür das Holzgewerbe im Landesbezirk Hamburg

ift am 5. September ein neues Lohnabkommen getroffen. 26 1. Sept. 1922 betragen mit ben neuen Lohnzulagen die Durchschnittslöhne in

17 111 Oristiasse 1 76,- 67.- 68.- 60.- 58.- 55.-

Falls sich bie jetige große Wocheninbergiffer von Samburg (9410.12) bis jum 16. Cept. 1922 um minbestene 10% erhöht, treten ble Parteien am Montag ben 18. Sept. zwede Lohnverhandlungen für bie zweite Balfte bes Monats September zusammen, andernfalls bleibt ber Lohn bis Enbe September 1922 bestehen.

n n n n n n NIMMMI. n n n n n

Die Sumboldt-Sochschule in Werlin gibt sochen ihr neues Vorlesungsverzeichnis heraus. Unter den zahlreichen Vorlesungen aus allen Missensgebieten und ben vielen praktischen Sprach= und Fachlursen wird wohl jeder ei= nige finden, in denen er Geift und Gemüt stärken und sich im Interesse seines rascheren Bormartofommens weiterbilden kann. Außerdem sei hingewiesen auf die Sonderveranstaltungen, wissenschaftlichen Ginzelvorträge und einige Kunstabende in der Hochschule für Musik. Mitglieder erhalten große Ermäßis gung bei allen Veranstaltungen (Jahresbeitrag 56 Mart). Programme und Karten in Buchhandlungen, Theaterkassen, Kaushaus des Westens, Herrn Tietz, Buchabteilungen Mertheim, Hauptbiiro C 2, Neue Friedrich= straße 53/59, 11 10-12, 1-3, Zentrum 4620.

Aus den Orisvereinen. --

Cibing. Am 22. September hielt unser Gewerknerein der Holzarbeiter zu Elbing seine Mitgliederversammlung ab, die eine recht reichhaltige Tagesordnung aufwies. Nachdem der Monatsabschluß und die Niederfixift des vergangenen Monats bekannt gegeben war, tam als erster Punkt die Lohnforderung vom 1. Porsikenden Kollegen Ma= raun zur Erörterung. Alsdamn nahm der Bezirksleiter Kollege W. Hinz das Wort und legte in längeren und leicht verständli= chen Worten den Gang und das Resultat der · letten Verkandlungen flar. Es ist sodann in Insterburg der Schiedsspruch gefällt worden, ter eine Aufbesserung der Spitzenlöhne von 55 Prozent vorsieht. Ob aber dieser Spruch von den Arbeitgebern anerkannt werden nirt, bleibt abzuwarten. Als folgender Punkt wurde vom Porsigenden pflichtgemäß die Erköhung der Beiträge angeregt und der Wochenbeitrag von 40 Mf. empfohlen; die Anregung wurde vom Kollegen P. Gehr= mann ganz besonders unterstützt und anbei der Antrag gestellt, für die Kollegen in ten Kleinbetrieben den Beitrag von 40 Mart jestzuschen. Lom Kollegen Aug. Lietoke wurde ein Antrag auf 45 Mark gestellt. Da man aber zur Zeit in Elbing noch im Unklaren ist über die Höhe des kommenden Lohnes

wurde ber Antrag Gehrmann mit großer Mchrheit angenommen. In den Fabrikbetrieben, die moch lange nicht in den Genuß der Löhne der Kleinbetriebe gekommen find, wurde ebenfalls der jetzige Wochenbeitrag um bas Doppelte erhöht, gleichfalls fand eine Verdoppelung der Lokalbeiträge statt, so daß jeder Rollege unseres Gewerkvereins mit 40 Pig. in der Krankenkasse und 10 Pfg. in der Sterbekasse pro Woche versichert ist. Im Weiteren wurde noch vom Bezirksleiter wie auch vom Vorsikenden die Mahnung und Pflicht an die Rollegen gestellt, mit ganzen Kräften für unseren Gewerkverein zu agitieren. Zum Schluß wurde noch vom Vorsitzenden näher auf unser diesjähriges Stiftungsfest und das Fest unserer verdienstvollen Gewerkvereins= Liedertassel, die sich auf dem diesjährigen Gausangersest ihre ersten Lorbeeren erwor= ben hat, eingegangen und an die Versamm= lung der Appell gerichtet, sich auch bei diesen Gelegenheiten als tüchtige Gewerkvereiner zu betätigen. Alsdann wurde die gut verlaufene Versammlung vom Vorsikenden in vorgerückter Abendstumde geschlossen.

Josef Bartsch, Schriftführer.

Groß-Berlin. Dit ber Reurcgelung ber Bei-

tragsfrage bleschäftigte sich ann 4. September im Königstädtischen Cymnasium eine gemein= same Mitgliederversammlung unter Leitung der Lokalverwaltung Großberlins. Im hinblick auf die invmer mehr zunehmende Geld= entwertung wies der Vorsitzende, Kollege With le, auf die Notwendigkeit hin, unsere Beiträge — der Hauptkasse sowohl, wie der Lokalkasse — zu erhöhen. Zur Frage der Erlöhung des Gewerkvereinsbeitrages lagen zwei Anträge vor. Der erste, vom Kollegen Gebauer eingebracht, will einen Beitrags= sag von 60 Mart pro Woche festgesetzt wissen. Der zweite Antvalg, von der Lokalverwaltung eingebracht, will jedes Witglied verpflichten, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen. Kollege Geblauer begründete sei= nen Antrag mit der Motivierung, ein fester Beitragssack wirke bei den Mitgliedern bin= dender. Auch würde den Kasseren, die jest ohnehin schon nicht zu weneiben seien, durch Ablehnung seines Antrages eine ungeheure Arbeitslast zugemutet. Kollege Mühle da= gegen führte zur Begründung des zweiten Antrages aus: Da die Löhne in den einzel= nen Branchen sehr verschieden seien (es sei Tatiache, daß der Lohn 3. B. bei den Berliner Holzarbeitern um fast 100 % differiere, z. B. zwischen Fabriktischtern und Klavierarbeitern), sei es nicht mehr möglich, einen einheitlichen Beitragssach inne zu halten. Zubem wäre es wohl möglich, daß durch ein weiteres Sinken der deutschen Währung der Satz von 60 Mark bald überholt sein würde und dann immer wieder zu Erhöhungen des Beitrags= satzes geschritten werden müßte. Borausset-

zungssostem, wie es in Rr. 36 der "Giche" bekannt gegeben worden ist, ohne Ausnahme freudig begrüßt. Angestellte Bergleiche mit den Beitrags: und Unterstützungsfätzen anderer Organisationen zeigen, daß die Mitglieder unseres Gewerkvereins gegen andere Organisationen weitaus im Vorteil sind. Bei der Lesprechung der nächsten Frage: "Lokalkassenbeitrag" wird gegen den Vorschlag der Berwaltung (3 Mart pro Work) ein Antrag Gebauer auf 5 Mart Lotalbeitrag gegen 2 Stimmen angenommen. Jedoch mit dem Zusatz, daß ganz alten und invaliden Mitgliedern auf Antrag der Beitragssatz bis auf 1 Mart herabgesetzt werden kann. Der Verlauf der ganzen Versammlung bot ein überaus erfreuliches Bild. Aus allen Reden tlang der Wille, das Beste unseres Gewerk vereins zu fördern; der allen Stürmen die= ser Zeit widerstanden hat, der fest steht wie der Fels, den die Brandung umtobt, auf den wir allezeit voll Zuversicht bliden wollen, der uns allezeit sein soll der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

H. Hippe, Schiftführer.

Briefkaften der Rebaktion.

アルビニアと はっし まっし まっし 流のく だいり はっく はっく かって まっし

Die Ortsvereinsvorsikenden sind verpflichtet varauf zu achten, daß der Rassier immer rechtzeitig seinen Abschluß und das Geld einsendet. Auch muß der durchgeschrie= bene Kontrollstreifen immer sogleich dem Be= zirksleiter eingesamdt werden!

2. W. Die Beiträge sind den Stundenver= diensten entsprechend zu erheben.

Palentiwau. Mitgeteilt vomPatent-Büro Roch, Berlin NO 18, Große Frankfurterstraße 59. Austünfte tostenloß.

Batenterteilungen:

Al. 38 a. 359 157: Haltevorrichtung zum Schneiden von Rundhölzern und dergl. auf gewöhnlichen Bandfägen. Berihold Baufchte, Charlottenburg, Spandauer Berg 20.

Rl. 34 i. 359 144: Möbelstück mit Schiebe= verschluß, das mit einer Einrichtung zur Führ rung des Schiebers an den Seitenwänden des Möbelstückes versehen ist. Edouard Delambre, Montreuil, Seine, Frankreich

Al. 34 i. 359 316: Verstellbarer Wöhel= fuß, dessen undrehbar gelagerte Fußboden= stilke durch Drehen eines im Gewinde versethenen Teils auf- und ab au bewegen ist. Willi Liermann, Stendal Bergstr. 7.

RI. 34 i. 359231: Bettkonsole, die an einem wagrechten Tragarm in Scharnieren nach der anderen Seite umsteckar ist. Wilhelm Ueder, Berlin, Neue Königstraße 5/6.

Al. 65 c. 359 022: Arummholz, insbeson= dere Spantholz aus mehreren Schichten. Hans Barrene, Wiener-Neustadt.

Mit dem Erscheinen Diefer Zeitunge. nummer ift ber 88. Wochenbeitrag fällig, welcher gilt für bie Reit vom 16. bis 22. September 1922.

Unzeigen.

zung sei allerdings, daß der Stundenlohnbei-

trag strickte dunchgeführt werde. Als in der

Diskuffion sich die Mehrheit der Meinungen

dem zweiten Antrag zuneigte, zog Kollege

Gebauer seinen Antrag zurück, betonte aber

noch einmal den Hinweis des Kollegen Mühle,

daß dann auch die Beitragshöhe jedes Mit=

gliedes gründlich geprüft werden müsse. Die

Abstimmung ergabl sodann die einstimmige

Annahme des zweiten Antrages. In der weis

Sar ben Inferntenteil ift die Redattion ben Befern gegenüber nicht beranimortlich.

Stuhlflechtrohr

Ratur, Haloglanz, beste ergiebigfte Qualitat, liefert zum billigften Tagespreis

R. Waliber, Dresden 22, Reheselberitt. 53.

Kollegen, werbet Mitglieder Gewerkverein unieru

Der Prakt, Tischier M.900. Der Möbelschreiner M.180. Die Tischlerkunst M. 240. Der Modelltischler M. 192. Das prakt. Polstern M. 210. Mod. Bautischlerei M. 480. Werkbuch d. Bautischlerei M. 600. Bautischlerarbeiten M. 420. Holztreppenbau M.144, Mod. Küchen u. Schlafzimmer M.180, Mod. Möbel M. 180. Einf. Möbel M. 180. Bürg. Möbel M. 180. Mod. Kleinu. Ziermöbel M. 180. Med. Wohnmöbel M. 180. Der Dorfschreiner M. 180. Kleine Holzarchitekturen M. 180. Mod. Hans-u. Zimmertüren M. 180. Holzbildhauerei M 192. Mod. Holzbildhauerarbeiten M. 180, Holzbiegen M. 144, Lackierkunst M.108. Der Anstre cher M.156. Holzschleifen, beizen-, -polieren M. 192. Der Drechsler M. 312. Fachzeichnen M. 180. Geometrie M.180. Arithmerik M. 180. Nur gegen Nachn. L. Schwarz & Co., Berlin O. 14 V., Annenstrasse 24.

Dübelspitzer!



D.R.G.M. mit answechselbaren Messer per Stück Mk. 40 .-., Dübeldurchschlageisen, Ziehklingenhobel, Ziehklingen, Schabhobel, Schiffshobel, Simshobel, gekr. Feinsägen usw. liefert billigst

M. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.